



# **Wir versorgen Deutschland**

## **Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024**

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung  
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

## Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie gewährleistet den Erfolg von Krankenbehandlungen, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits bestehende Handicaps aus.

Mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädietechnik, Orthopädieschuhtechnik, Reha-Technik und Homecare verantworten die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten in Deutschland. Sie tragen damit entscheidend zur Entlastung des Gesundheitssystems, insbesondere im Bereich der Pflege und der Krankenhausversorgung, bei.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Bedeutung einer qualitätsgesicherten, wohnortnahen Hilfsmittelversorgung in Zukunft noch weiter zunehmen.

---

## Sicherung der Versorgung

**1) Welche Maßnahmen und Reformen plant Ihre Partei angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, um in Brandenburg auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke zu sichern?**

SPD

Im Land Brandenburg leisten seit Jahrzehnten viele Akteurinnen und Akteure des Gesundheits- und Pflegebereiches, oftmals in einer engen Kooperation miteinander, einen unerlässlichen Beitrag für eine umfassende Versorgung der Bevölkerung. Das betrifft vor allem die Krankenhäuser und Kliniken, die breit aufgestellte Ärztelandschaft, die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste, die Gesundheitsämter, den Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie die Gesundheitswerke und Sanitätshäuser. Auch wir als Brandenburg SPD werden weiterhin unseren diesbezüglichen Beitrag leisten. Dementsprechend haben wir uns auch für die Zukunft als oberstes Ziel gesetzt, in allen Regionen des Landes Brandenburg für eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu sorgen. So werden wir im Land Brandenburg die bisherige feste Fördersumme von 110 Mio. Euro pro Jahr für die Krankenhäuser auf jährlich 200 Mio. Euro erhöhen, das Landärztestipendium ausbauen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die Reha-Landschaft stärken sowie den „Pakt für Pflege“ fortführen. Zudem werden wir den Aufbau der „Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem“ entschlossen umsetzen.

Von diesen Maßnahmen werden auch die Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser profitieren.

Dazu gehört für uns ebenfalls, uns gegenüber dem Bund für weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen starkzumachen. Wir werden in den kommenden Jahren unseren Teil dazu beitragen, so im Besonderen im Gesundheitswesen beispielsweise die Prozesse zum Abbau der Bürokratie voranbringen sowie die Nutzung von innovativen Lösungen im Bereich der Digitalisierung vorantreiben.

#### CDU

Die Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser leisten für die Gesundheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger einen unschätzbaren Beitrag. Aufgrund des demographischen Wandels wird der Bedarf auch in Zukunft steigen. Da es unser Ziel ist, Menschen langfristig ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, sind die Produkte bei vielen akuten oder chronischen Erkrankungen wichtig, um lange in der eigenen Häuslichkeit leben zu können. Brandenburg als Flächenland steht hier vor besonderen Herausforderungen, eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Gerade in den ländlichen Regionen wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und ambulanten Strukturen wie Allgemeinmedizinern und Apotheken noch besser koordinieren. Auch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke müssen hier einbezogen werden. Prävention, Gesundheitskompetenz, Gesundheit und Pflege müssen noch stärker zusammengedacht werden. Über einen Austausch mit Ihnen, wie dies noch besser gelingen kann, würden wir uns freuen.

#### Grüne

Unser Ziel ist, allen Menschen in Brandenburg Zugang zu gesundheitlicher Vorsorge, modernen Behandlungsmethoden und guten Therapie- und Pflegeangeboten zu bieten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Wohnort und Geldbeutel.

In den nächsten Jahren wollen wir insbesondere die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen verbessern, die Krankenhausreform des Bundesgesundheitsministers für Brandenburg sinnvoll gestalten und innovative Ansätze wie zum Beispiel die Unterstützung durch Telemedizin durch die Digitalisierung voranbringen. Bedarfsgerechte Versorgung ist dann möglich, wenn ambulante und stationäre Versorgung gut verzahnt und eng zwischen allen Gesundheitsakteur\*innen abgestimmt sind. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, Arztpraxen, Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke deutlich ausbauen. Für Gesundheitsdienstleister\*innen wollen wir überflüssige Bürokratie konsequent abbauen.

#### FDP

Wir setzen uns für die Sicherstellung einer hochwertigen und wohnortnahen Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Unter anderem durch...

- Förderung von Innovation und Digitalisierung: Wir setzen uns dafür ein, dass Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke Zugang zu modernen Technologien und digitalen Lösungen erhalten. Dies ermöglicht eine effizientere Versorgung und bessere Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der Patienten.
- Schaffung eines fairen Wettbewerbsumfelds: Wir möchten sicherstellen, dass der Wettbewerb im Gesundheitssektor fair und transparent ist. Das bedeutet gleiche Wettbewerbsbedingungen für

Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke im Vergleich zu anderen Akteuren im Gesundheitswesen.

- **Stärkung der Ausbildung:** Um sicherzustellen, dass hochqualifiziertes Personal in den Sanitätshäusern und Gesundheitshandwerken arbeitet, setzen wir uns für die Weiterentwicklung der Ausbildungsmöglichkeiten und die Attraktivität dieser Berufe ein.
- **Förderung von regionalen Kooperationen:** Wir unterstützen die Bildung von regionalen Netzwerken und Kooperationen zwischen Sanitätshäusern, Gesundheitshandwerken und anderen Gesundheitsdienstleistern. Dies ermöglicht eine bessere Abstimmung der Versorgung und die Nutzung von Synergieeffekten.
- **Bürokratieabbau:** Wir möchten die bürokratischen Belastungen für Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke reduzieren, damit sie sich verstärkt auf die Versorgung konzentrieren können.
- **Transparenz und Qualitätskontrolle:** Wir setzen uns für transparente Qualitätskontrollen und -standards ein, um sicherzustellen, dass die Versorgung auf höchstem Niveau erfolgt und die Patientensicherheit gewährleistet ist.

## **Fachkräftemangel**

**2) In der WvD-Branchenumfrage 2024 gingen über 80 Prozent der Betriebe von einer künftigen Verschärfung des Fachkräftemangels aus. Wie will Ihre Partei dem Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser begegnen? Welche Maßnahmen planen Sie?**

SPD

Wir werden uns weiterhin der Aufgabe der Fachkräftegewinnung und -sicherung in allen Bereichen gemeinsam mit unseren vielen Partnerinnen und Partnern annehmen. Das gilt im Besonderen für den Gesundheits- und Pflegebereich, wo wir unsere Bemühungen zukünftig noch mehr darauf ausrichten wollen, dass die jeweiligen Berufszweige im Besonderen für junge Menschen noch attraktiver werden. Neben einer guten Bezahlung gehört für uns auch dazu, zukünftig noch mehr auf innovative Lösungen und Angebote der Digitalisierung zu setzen. So wollen wir beispielsweise die Ausbildung der Pflege- und Gesundheitsschulen unterstützen, indem wir die Investitionspauschale erhöhen werden. Mit der Fortsetzung des Brandenburger Erfolgsmodells „Pakt für Pflege“ werden wir weiterhin geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um dem Personalmangel in der Pflege entgegenzuwirken. Auch unsere Brandenburger Krankenhäuser sollen in Zukunft für gut ausgebildetes Personal attraktive Arbeitgeber bleiben, welche sich durch gute Arbeitsbedingungen, eine hohe medizinische Qualität und die modernste technische Ausstattung und gute Arbeitsbedingungen auszeichnen. Dementsprechend werden wir unsere Krankenhäuser wirtschaftlich stärken, indem wir die feste Förderung auf 200 Mio. Euro pro Jahr erhöhen, wovon die Patientinnen und Patienten in allen Regionen des Landes profitieren werden. Das gilt auch im Zusammenhang mit dem

Landärzttestipendium, welches wir fortsetzen und für Zahnärztinnen und Zahnärzte ausweiten wollen. Wir werden weiterhin die Medizinische Hochschule Brandenburg unterstützen, die bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Ärzteversorgung im Land Brandenburg leistet. Der Aufbau der „Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem“ wird von uns weiterhin entschlossen umgesetzt. Die staatliche Universitätsmedizin wird dabei nicht nur den Wissenschafts- und Forschungsstandort nachhaltig stärken, sondern gleichzeitig für eine qualitativ hochwertige und stabile gesundheitliche sowie pflegerische Versorgung im ganzen Land sorgen. Im Punkt der Gewinnung gut ausgebildeter ausländischer Fachkräfte wollen wir die entsprechenden Anerkennungsverfahren beschleunigen, wie auch zu uns Geflüchtete schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt integrieren. Ebenso gilt es Projekte zu unterstützen, die junge Menschen in anderen Ländern für eine Ausbildung zur Pflegekraft und Arbeit in Brandenburg gewinnen. Hier gibt es bereits gute Beispiele von Trägern und Pflegeschulen, die das sehr erfolgreich praktizieren.

#### CDU

Die Fachkräftegewinnung ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre: Wir wollen Qualifizierungsangebote unterstützen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, ein Gesamtpaket schnüren für die schnelle und unbürokratische Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie für die Vermittlung von Wohnungen, Sprachkursen, Kita und Schulplätzen. Die Ausbildungsstandorte müssen mit attraktiven Wohnangeboten für Azubis gestärkt werden. Wir müssen frühzeitig über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten für die Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser in den allgemeinbildenden Schulen informieren und junge Menschen für diese Berufe begeistern. Die inländischen Potentiale müssen gehoben und aktiviert werden; auch dann braucht es noch zwingend qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. In diesem Sinne setzen wir auf die Stärkung der legalen Erwerbsmigration.

#### Grüne

In Brandenburg ist die Fachkräftesicherung für die Gesundheitsversorgung in den nächsten Jahren ein zentrales Thema. Deshalb setzen wir einerseits auf Ausbildung und Qualifizierung im eigenen Land: Die Medizinische Hochschule Brandenburg hat gezeigt, dass die gewünschten Bleibeeffekte von medizinischen Fachkräften eintreten – daher werden wir sie weiter finanziell unterstützen. Dazu kommt die Gründung der ersten staatlichen Medizinerinnenausbildung des Landes in Cottbus, notwendigerweise mit einer verpflichtenden Landarztquote. Das erfolgreiche Stipendium des Landärzteprogramms wollen wir evaluieren und anpassen.

Andererseits wurde unter grüner Führung des Gesundheitsressorts die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch mehr Personal und Verfahrensstraffung bereits verbessert. Diesen Weg wollen wir Bereich konsequent weiter gehen. In Zeiten des Fachkräftemangels droht unser Gesundheitssystem diesem Bedarf nicht mehr hinterherzukommen. Um im großen Stil neue Fachkräfte in den Beruf zu bringen, wollen wir neue Berufsfachschulen im gesamten Land gründen und fördern. Dank uns zahlen Auszubildende seit kurzem kein Schulgeld mehr und erhalten eine sichere Ausbildungsvergütung.

#### FDP

Wir setzen uns dafür ein, Heil- und Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, indem wir angemessene

Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen fördern. Dazu unterstützen wir Sofortmaßnahmen für Aus- und Weiterbildungsoffensiven, Anreize für den Wechsel von Teilzeit zurück in Vollzeit, Wiedereinstiegsprogramme für Fachkräfte, die in andere Berufsfelder gewechselt sind, sowie Weiterqualifizierungen. Für Fachbereiche, für die es bisher keine Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im Land Brandenburg gibt, werden wir diese schaffen.

**3) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer mit ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen verbindlich einbezogen werden?**

SPD

Im Land Brandenburg leisten die Berufsgruppen, welche mit der Versorgung im Bereich der medizinischen Hilfsmittel betraut sind, einen großen Beitrag für die medizinische Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Wir sehen es daher als wichtig an, dass die Attraktivität dieser Arbeit weiter gesteigert wird. Eine entsprechende Expertise der Leistungserbringer kann dafür für alle Beteiligten gewinnbringend sein. Eine entsprechende Prüfung könnte daher im Bund in einem ergebnisoffenen und partizipativen Prozess mit allen notwendigen Akteurinnen und Akteuren diskutiert werden.

CDU

Siehe dazu auch Antwort zu Frage 1. Für uns sind die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ein wichtiger Baustein unseres Gesundheitswesens und unverzichtbarer Partner für dessen Weiterentwicklung. Mit der Einbeziehung in die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen würde sich daran nichts ändern. Ob dieses Ziel allerdings auch erstrebenswert ist, erscheint uns mindestens fragwürdig, denn unser selbstverwaltetes Gesundheitswesen ist in den letzten Jahren zunehmend geprägt von Intransparenz und ausufernden Kosten bei nachlassender Leistungsfähigkeit. Aus unserer Sicht sollte die Versorgung der Bevölkerung im Vordergrund stehen und gerade die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke haben bewiesen, dass sie dies marktorientiert auf hohem Niveau außerhalb der reformbedürftigen Selbstverwaltungsstrukturen leisten können.

Grüne

Wir haben diesbezüglich noch keine Position entwickelt. Allerdings wäre es im Sinne unseres Gesundheitswesens, die Beteiligung von Fachleuten, die direkt mit der Versorgung der Patienten zu tun haben, zu stärken. D.h., dass wir offen für eine stärkere Einbindung von Gesundheitshandwerken und anderen Expert\*innen bei der Gestaltung und Organisation der Hilfsmittelversorgung sind. Eine solche Einbeziehung könnte zur Verbesserung der Versorgung und zur stärkeren Berücksichtigung der praktischen Expertise im Gesundheitssystem beitragen. Es ist entscheidend, dass diese Fachleute bei Fragen der Hilfsmittelversorgung aktiv mitwirken, um sicherzustellen, dass die Versorgung den höchsten Standards entspricht und den Bedürfnissen der Patientinnen gerecht wird. Ihre Expertise wird maßgeblich dazu beitragen, praktikable und qualitativ hochwertige Lösungen zu entwickeln.

FDP

Ja, wir als FDP Brandenburg setzen uns dafür ein, dass die Expertinnen und Experten der Gesundheitshandwerke sowie der Leistungserbringer aktiv in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen eingebunden werden. Wir sind der Meinung, dass ihre Expertise und Erfahrung einen wertvollen Beitrag zur Entscheidungsfindung und Versorgungssicherheit im Bereich der Hilfsmittelversorgung leisten kann.

## **Bürokratie**

**4) In der WvD-Branchenumfrage 2024 gaben ca. 70% der Betriebe der Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke an, über 30% der Arbeitszeit in der Hilfsmittelversorgung für Bürokratie- und Dokumentationspflichten aufzuwenden. Welche Ansätze hat Ihre Partei, um die Bürokratielast zu verringern?**

SPD

Aus unserer Sicht dürfen Versorgungs-, Behandlungs- und Beratungsprozesse im Gesundheitswesen nicht von einer Flut an Verwaltungsaufgaben dominiert werden. Das geht nicht nur zu Lasten der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Punkt demotivierender Arbeitsbedingungen, sondern vor allem auch zu Lasten der Patientinnen und Patienten, die eine gute und umfassende Unterstützung brauchen. Wir werden uns daher in allen Bereichen der Herausforderung des Bürokratieabbaus annehmen. Das sehen wir auch im Zusammenhang mit den Sanitätshäusern und Gesundheitshandwerken als eine der wichtigen Aufgaben an, damit diese auch weiterhin nachhaltig die medizinische und ärztliche Infrastruktur des Landes Brandenburg stärken können.

CDU

Für die Wirtschaft sind überbordende bürokratische Normen und Standards ein großes Hemmnis. Wir setzen auf weniger Vorschriften und mehr Geschwindigkeit durch Digitalisierung und optimierte Prozesse. Wir wollen ein Meldeportal für Unternehmen und Bürger einrichten, bei dem konkrete Belastungen benannt, aber auch Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet werden können. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Berichts- und Statistikpflichten abzubauen. Ein weiteres Ziel ist die Überarbeitung und Vereinfachung von Antragsstellungen mit dem Ziel der vollständigen Digitalisierung.

Grüne

Unser Ziel ist es, Bürokratie abzubauen, ohne dabei soziale und ökologische Standards zu vernachlässigen. Wir streben eine Überprüfung und Vereinfachung bürokratischer Regelungen an, wobei wir die gesamten Verwaltungsprozesse – auch behördenübergreifend – betrachten. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Digitalisierung und die Automatisierung behördlicher Entscheidungen. Insbesondere für Praxen, Gesundheitsdienstleister\*innen, Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke wollen wir überflüssige Bürokratie konsequent reduzieren. Zudem planen wir, Praxis-Checks einzuführen, einen Normenkontrollrat zu etablieren und die Verwaltungsbehörden mit mehr Personal zu stärken.

#### FDP

- Digitalisierung und Vereinfachung von Prozessen: Wir setzen uns für die verstärkte Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und Dokumentation im Gesundheitswesen ein. Dies kann die Pflichten reduzieren, die manuelle Dokumentation erfordern. Durch den Einsatz moderner Informationstechnologie und elektronischer Patientenakten kann die Dokumentation effizienter gestaltet werden.
- Abbau überflüssiger Regulierungen: Wir befürworten eine Überprüfung und den Abbau von überflüssigen und bürokratischen Vorschriften im Gesundheitswesen. Ziel ist es, die Bürokratielast für Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke zu reduzieren, ohne die Qualität und Sicherheit der Versorgung zu beeinträchtigen.
- Vereinheitlichung von Dokumentationsanforderungen: Wir setzen uns für die Vereinheitlichung von Dokumentationsanforderungen auf Bundes- und Landesebene ein, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren und einheitliche Standards zu schaffen.

## Digitalisierung

### 5) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen und speziell im Bereich der Hilfsmittelversorgung voranzutreiben?

#### SPD

Digitalisierung ist ein Prozess, der nahezu alle Lebensbereiche der Brandenburgerinnen und Brandenburger umfasst. Wir betrachten daher die Gestaltung dieses Wandels als eine Kernaufgabe unserer Politik. Dazu braucht es die Vermittlung digitaler Kompetenzen, die insbesondere in Schule, Ausbildung und Hochschule frühzeitig geleistet werden kann. Digitale Teilhabe ist eine Grundvoraussetzung, damit alle Menschen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben mitwirken können. Dementsprechend wollen wir zukünftig noch mehr auf innovative Lösungen und Angebote der Digitalisierung setzen, wovon auch die gesamte Gesundheitsversorgung profitieren soll. So sollen beispielsweise von der Telemedizin, der elektronischen Gesundheitskarte und anderen digitalen Angeboten nicht nur den Patientinnen und Patienten, sondern ebenso den Pflege- und Rettungsdiensten, Kliniken, Arztpraxen und Gesundheitsämtern bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben profitieren. Das betrifft beispielsweise auch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, wo für uns die in dieser Legislaturperiode verabschiedete „Landesstrategie Künstliche Intelligenz“ verbindlich ist. So wollen wir uns insgesamt diesen digitalen Chancen annehmen und den Einsatz so gestalten, dass er für alle den größtmöglichen Nutzen hat. Gleichzeitig ist es für uns das Ziel, dass für die Digitalisierung beispielsweise vom Bund ermöglichte Unterstützungsangebote noch intensiver beworben und infolgedessen auch genutzt werden.

#### CDU

Wir wollen die Digitalisierung und Entbürokratisierung vorantreiben. Denn die Digitalisierung bietet viele Chancen, kostengünstiger und effizienter, aber auch bürgernäher zu arbeiten. Welche Möglichkeiten es gibt, im Bereich der Hilfsmittelversorgung durch Digitalisierung Prozesse zu

optimieren, würden wir gern mit Ihnen erörtern.

#### Grüne

Unsere Partei plant mehrere Maßnahmen, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen voranzutreiben. Wir wollen, die Gesundheitsämter weiter auszubauen und vollständig zu digitalisieren. Dies umfasst insbesondere die Abschaffung veralteter Technologien, wie die Fax-Kommunikation. Außerdem wollen wir eine engere Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und ärztlichen Praxen ermöglichen, um die Gesundheitsversorgung effizienter zu gestalten. Unser Ziel ist, den digitalen Wandel im Gesundheitswesen durch den Ausbau der entsprechenden digitalen Infrastruktur zu unterstützen. Weitere Maßnahmen hierzu sind:

**Praxis-Checks:** Verwaltungsprozesse behördenübergreifend aus Praxis-Sicht analysieren, verschlanken und digitalisieren. Damit soll konkret identifiziert werden, welche Regelungen entfallen können oder verändert werden müssen. Unternehmen und andere Beteiligte sollen von Anfang an mit einbezogen werden. Als Vorbild dient der Praxis-Check aus dem BMWK.

**Digital-Check:** Es braucht einen Digitalcheck auf Landesebene, bei dem alle Gesetze während des Gesetzgebungsprozesses auf Digitaltauglichkeit geprüft werden. Normenkontrollrat: Auf Bundesebene und in einigen Bundesländern gibt es Normenkontrollräte, die die Regierungen bei den Themen Bürokratievermeidung und -abbau beraten und unterstützen. Wir wollen prüfen, ob ein eigener Normenkontrollrat in Brandenburg zum Bürokratieabbau beitragen könnte.

Mehr Personal in den Verwaltungsbehörden soll zu beschleunigten Verfahren führen, wobei wir hier neben Verwaltungsqualifikationen auch wieder mehr ingenieurtechnische Fachqualifikationen brauchen. In Anbetracht des Arbeits- und Fachkräftemangels werden die Digitalisierung und Vereinfachung der Verwaltungsprozesse jedoch relevanter sein.

Wir sind offen für einen konstruktiven Dialog zu diesem Thema, um gemeinsam Lösungsansätze für die Hilfsmittelversorgung zu entwickeln.

#### FDP

- **Ausbau der Telemedizin:** Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz von Telemedizin ein, um Patienten den Zugang zu Fachärzten und Experten für Hilfsmittelversorgung zu erleichtern, insbesondere in ländlichen Regionen. Dabei achten wir darauf, Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten.
- **Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA):** Wir unterstützen die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenakte und die aktive Einbindung von Patienten. In der ePA können Gesundheitsdaten, einschließlich Informationen zur Hilfsmittelversorgung, sicher und zentral gespeichert werden.
- **Förderung von Health Apps und digitalen Gesundheitsanwendungen:** Wir setzen uns dafür ein, dass innovative Health Apps und digitale Anwendungen, die die Hilfsmittelversorgung unterstützen, gefördert und leichter in den Versorgungsprozess integriert werden können.

- Förderung von Forschung und Entwicklung: Wir möchten die Forschung und Entwicklung im Bereich der Gesundheitstechnologien und der Hilfsmittelversorgung unterstützen, um innovative Lösungen zu fördern.
- Einführung von Schnittstellenstandards: Wir setzen uns für einheitliche Schnittstellenstandards ein, um die Interoperabilität verschiedener Gesundheitssysteme und Anwendungen sicherzustellen.
- Digitale Gesundheitskompetenz: Wir möchten die digitale Gesundheitskompetenz von Patienten und Gesundheitsexperten fördern, damit alle die Vorteile der Digitalisierung im Gesundheitswesen nutzen können.

**6) Wird sich Ihre Partei insbesondere für die gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer – inklusive der Hilfsmittelleistungserbringer – in die Telematik-Infrastruktur einsetzen?**

**SPD**

Wir befürworten grundsätzlich die umfassende und gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer in die Telematik-Infrastruktur (TI). Bezüglich der Einbindung von Hilfsmittelleistungserbringern schlagen wir aufgrund der Zuständigkeiten eine ergebnisoffene und breit angelegte partizipative Diskussion und Prüfung auf Bundesebene vor. Wir werden bei allen Prozessen rund um den Ausbau und die Begleitung der Digitalisierung das Hauptaugenmerk darauf legen, dass sich die Brandenburger Bevölkerung im Besonderen im Gesundheitswesen auf eine sichere, effiziente und datenschutzkonforme Digitalisierung verlassen kann.

**CDU**

Die Telematikinfrastruktur (TI) soll alle Beteiligten im Gesundheitswesen – u.a. Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser, Apotheken und Krankenkassen – im Rahmen der digitalen Gesundheitsanwendungen miteinander vernetzen. Medizinische Informationen, die für die Behandlung der Patienten benötigt werden, sollen so schneller und einfacher verfügbar sein. Gerade im Zuge der Digitalisierungs- und Entbürokratisierungsbemühungen ist dies ein wichtiges Vorhaben. Eine gleichberechtigte Einbindung aller Akteure, inklusive der Hilfsmittelleistungserbringer, ist hier zu begrüßen, um ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen, weiterzuentwickeln und dabei die Herausforderungen aller Beteiligten im Blick zu haben.

**Grüne**

Ja, wir setzen uns ausdrücklich für die gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer, einschließlich der Hilfsmittelleistungserbringer, in die Telematik-Infrastruktur ein. Wir sind überzeugt, dass eine umfassende Integration aller beteiligten Akteure essenziell ist, um eine effektive und barrierefreie Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Eine inklusive Telematik-Infrastruktur fördert nicht nur die Interoperabilität und Effizienz im Gesundheitswesen, sondern trägt

auch dazu bei, die Qualität der Versorgung für alle Patient\*innen zu verbessern.

FDP

Wir wissen um die Bedeutung einer offenen und inklusiven digitalen Gesundheitsinfrastruktur, die es allen Akteuren im Gesundheitswesen ermöglicht, sicher und effizient Informationen auszutauschen. Uns ist wichtig, dass die Telematik Infrastruktur so gestaltet ist, dass sie die verschiedenen Bedürfnisse und Anforderungen der Leistungserbringer berücksichtigt, darunter auch die Hilfsmittelleistungserbringer. Dies kann dazu beitragen, die Qualität der Versorgung zu verbessern und den Bürokratieaufwand zu reduzieren. Die Einbindung aller relevanten Akteure in die Telematik Infrastruktur sollte unter Berücksichtigung von Datenschutz und Datensicherheit erfolgen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass die Daten der Patienten und Leistungserbringer angemessen geschützt sind und dass die Nutzung der Infrastruktur transparent und nachvollziehbar ist. Insgesamt streben wir an, dass die Digitalisierung im Gesundheitswesen für alle Beteiligten, einschließlich der Hilfsmittelleistungserbringer, Vorteile bringt und dazu beiträgt, die Versorgung zu verbessern.

**7) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Infrastruktur besser vor Cyberkriminalität zu schützen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche bei diesem Thema stärker zu unterstützen?**

SPD

Im Rahmen unserer Strategie zur Bekämpfung von Cyberkriminalität legen wir besonderen Wert auf den Schutz kritischer Infrastrukturen, zu denen selbstverständlich auch das Gesundheitssystem gehört. Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Cyberangriffe und Datenschutzverletzungen, für die es durch die fortschreitende Digitalisierung eine Vielfalt neuer Angriffspunkte gibt, setzen wir uns dafür ein, die digitale Sicherheitsstrategie kontinuierlich zu verbessern und die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche sollen hierbei gezielt unterstützt werden.

Ein zentraler Baustein unserer Sicherheitsstrategie ist die geplante Modernisierung und Digitalisierung der Polizei in Brandenburg. Durch den gezielten Ausbau technischer Infrastruktur und die personelle Verstärkung, insbesondere in spezialisierten Bereichen wie Cyberkriminalität, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass auch im Gesundheitssektor digitale Bedrohungen effektiv bekämpft werden können. Die Polizei wird in Zukunft noch stärker vernetzt und technologisch auf dem neuesten Stand sein, um schnelle und effektive Reaktionen auf Cyberangriffe zu ermöglichen.

Unsere Vision umfasst eine robuste Sicherheitsarchitektur, die sowohl die digitale als auch die physische Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. Dabei spielt der Schutz sensibler Gesundheitsdaten eine zentrale Rolle, um das Vertrauen in das Gesundheitssystem zu stärken und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Durch den Ausbau von Digitalkompetenzen und die Bereitstellung moderner Technologien möchten wir sicherstellen, dass die Gesundheitsbranche in Brandenburg bestmöglich vor Cyberkriminalität geschützt ist.

#### CDU

Die Cybersicherheit des Landes ist nicht nur ein wesentlicher Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Auch parlamentarisch-demokratische Abläufe, Verwaltungshandeln oder die Funktionsfähigkeit von Kritischen Infrastrukturen können durch Störungen oder gezielte Angriffe auf die IT-Infrastruktur des Landes nachhaltig beeinträchtigt werden. Hierauf werden wir die richtigen Antworten geben. Wir wollen ein „Cybersicherheitsinstitut Brandenburg“ einrichten, um Kompetenzen und Zuständigkeiten in Fragen der Cybersicherheit zu bündeln und um Doppelstrukturen zu vermeiden. Des Weiteren soll eine neue Behörde als „Leuchtturm der digitalen Sicherheit“ den Schutz staatlicher IT-Infrastruktur gewährleisten und die Cyber-Resilienz in für das gesamte Land Brandenburg steigern. Außerdem brauchen wir Beratungs- und Sensibilisierungsangebote für Kommunen und kommunale Betriebe, für kleine und mittlere Unternehmen, für Kritische Infrastrukturen und letztlich auch für die Bürgerinnen und Bürger.

#### Grüne

Damit Brandenburg vor den wachsenden Bedrohungen der Cyberkriminalität geschützt werden kann, sind massive Investitionen in Digitalkompetenz und eine robuste IT-Infrastruktur erforderlich. Besonders im Gesundheitswesen, wo sensible Daten verarbeitet werden und die Verfügbarkeit von Diensten lebenswichtig ist, wollen wir die Sicherheitssysteme stärken und digitale Angriffe schnell und effektiv abwehren.

Wir wollen digitale Straftaten, von der Betrugsmasche bis zum Cyberangriff, schnell und kompetent bekämpfen. In Aus- und Weiterbildungen der Polizei wollen wir darum einen besonderen Fokus auf diese Bereiche legen und mehr IT-Expert\*innen mit guten Jobangeboten in den Polizeidienst holen. Um den Datenschutz und die Sicherheit unserer landesweiten IT-Infrastruktur zu stärken, wollen wir die Landesbeauftragte für den Datenschutz mit mehr Rechten und Personal ausstatten.

#### FDP

- Technische Sicherheitsstandards: Wir werden die Entwicklung und Umsetzung von technischen Sicherheitsstandards fördern, die speziell auf die Bedürfnisse des Gesundheitswesens zugeschnitten sind. Dies kann dazu beitragen, Schwachstellen zu minimieren und Angriffe abzuwehren.
- Förderung von Kooperation und Information: Wir setzen uns für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, dem Privatsektor und der Forschung ein, um Bedrohungen zu analysieren, frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dies umfasst den Austausch von Informationen über aktuelle Bedrohungen und Angriffsmuster.
- Unterstützung für KMU: Kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche werden spezielle Unterstützung benötigen. Wir werden Programme fördern, die diesen Unternehmen den Zugang zu aktuellen Cybersicherheitslösungen erleichtern, einschließlich Schulungen und Beratungsdiensten.
- Regulatorische Rahmenbedingungen: Wir werden sicherstellen, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen den Anforderungen der Cybersicherheit gerecht

werden. Dies kann die Einführung von Vorschriften zur Meldung von Sicherheitsverletzungen und angemessenen Sanktionen für unsichere Praktiken umfassen.

- **Forschung und Entwicklung:** Investitionen in Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um innovative Cybersicherheitslösungen zu entwickeln. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen fördern, um neue Technologien und Ansätze zur Abwehr von Cyberbedrohungen zu entwickeln.

## **Einheitliche Umsatzsteuer auf Hilfsmittel**

### **8) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden?**

SPD

Gemäß unserem sozialen und gesundheitspolitischen Ziel, dass Gesundheit bezahlbar sein muss, können wir uns zukünftig einen einheitlich ermäßigten Umsatzsteuersatz auf medizinische Hilfsmittel vorstellen. Die entsprechende Zuständigkeit in diesen Punkten liegt allerdings auf der Bundesebene.

CDU

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das unübersichtliche Steuerrecht systematisch zu überprüfen, um den steuerlichen Wildwuchs zurückzudrängen, sichtbare Steuervereinfachungen umzusetzen und damit für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Wir wollen keine neuen Belastungen für Bürger, keine neuen Steuern oder Abgaben. Im Bundesrat werden wir auch bei medizinischen Hilfsmitteln darauf hinwirken.

Grüne

Unsere Partei erkennt den Reformbedarf im Bereich der Umsatzsteuer an und sieht die Notwendigkeit, das gesamte System grundlegend zu überdenken, um eine positive Steuerungswirkung zu erzielen. Da Steuern, einschließlich der Umsatzsteuer, grundsätzlich im Jahressteuergesetz auf Bundesebene geregelt werden und die Zustimmung der Länder im Bundesrat erfordern, sind wir offen für einen konstruktiven Austausch. Gemeinsam möchten wir innovative Lösungsansätze entwickeln, die auch die Besteuerung medizinischer Hilfsmittel in den Beratungen der Länder berücksichtigen.

FDP

Das Umsatzsteuersystem in Deutschland ist voll von Widersprüchen und Ungerechtigkeiten. Wir fordern daher, das bestehende System grundsätzlich zu überarbeiten und nachvollziehbar zu gestalten. Aus unserer Sicht gibt es gute Gründe bei einer Reform, medizinische Hilfsmittel steuerlich zu begünstigen.



## Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

### **Berliner Büro**

Lützowstraße 102-104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

[info@wirversorgendeutschland.de](mailto:info@wirversorgendeutschland.de)

[www.wirversorgendeutschland.de](http://www.wirversorgendeutschland.de)

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)

**Anmerkung:** Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert. Die Reihenfolge der Parteien orientiert sich an den Ergebnissen der vorherigen Wahl. Für die Inhalte und Aktualität von ggf. in den Antworten der Parteien vorhandenen Verlinkungen sind ausschließlich die jeweiligen Parteien verantwortlich.

Stand: September 2024